

# **Die aktuelle Situation und Rahmenbedingungen in der Jugendberufshilfe**

Vortrag auf der Fachtagung „Aus dem Rahmen fallen. Förder- und Forderpolitik der Jugendberufshilfe im Wandel“ von Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen (BVkE), Evangelischer Erziehungsverband (EREV,) Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS), BAG Katholische Jugendsozialarbeit (KJS) und Evangelische Jugendsozialarbeit (EJSA)

19.11.2015

Würzburg

# Zum Aufwärmen: Das zentrale Dilemma

---

„Eine **Politik der Verhältnisse**, die primär gesellschaftsstrukturelle Bedingungen von sozialer Ungleichheit und Ausschließung (Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Armut etc.) problematisiert, wird von einer **Politik des Verhaltens** verdrängt. Letztere richtet den Fokus in erster Linie auf die ‚Diagnose‘ und ‚Behandlung‘ von individuellen Verhaltensdispositionen, Persönlichkeitsmerkmalen, Wertorientierungen, subjektiven Einstellungen und Fähigkeiten (der Arbeitslosen, der Wohnungslosen, der Armen etc.). Möglichkeiten der Teilhabe werden damit zunehmend versperrt. Aus einer strukturbezogenen Politik, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Bezug z.B. auf Klassen- und Geschlechterkonflikte thematisiert, wird so eine dezidiert auf individuelles und kollektives Verhalten bezogene Politik, die Fragen des Lebensstils, der Moral, der Normkonformität und damit personalisierende Konzepte der Verhaltenssteuerung und Verhaltenskontrolle in den Vordergrund rückt. Aufgrund ihrer dominanten Tradition individualisierender ‚Problembearbeitung‘ war und ist die Soziale Arbeit seit jeher für eine Politik des Verhaltens anfällig. Aus gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen um den herrschaftlich organisierten Zugang zu Ressourcen werden ‚Problemgruppen‘. Diese werden zum bevorzugten Gegenstand staatlicher Ordnungspolitik. Ihre ‚Verhaltens- und Kompetenzdefizite‘ sollen in einem Mix aus Zwang und ‚Förderung‘ (durch Empowerment, Resilienzförderung, soziale Kompetenztrainings, Präventionsprogramme etc.) unter professioneller Anleitung bearbeitet werden.“

Quelle: Bundeskongress Soziale Arbeit 2015 vom 30. September bis 2. Oktober 2015 in Darmstadt. Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit, <http://bundeskongress-soziale-arbeit-2015.de/?1> (Abruf am 17.09.2015)

## Dilemma der Jugendberufshilfe

- einerseits kann sie ihr Integrationsversprechen nicht halten
- andererseits kann sie ihr Ziel, Jugendliche ins Erwerbssystem zu integrieren, nicht aufgeben

**Spagat** zwischen ihrem sozialpädagogischem Auftrag und der Zielsetzung der Integration in den Arbeitsmarkt

Zentrale **pädagogische** Anforderungen:

- funktionale Alphabetisierung
- Professionalisierung des pädagogischen Personals

**Strukturelle** Verbesserungen der Jugendberufshilfe

- Veränderung der Vergabepraxis und ein kohärentes Fördersystem

Vgl. Christe, G. (2014): Aktuelle und künftige Herausforderungen in der Jugendberufshilfe, in: Unsere Jugend, Heft 9, S. 354-366

## Beispiel Jugendgewalt in Berlin: + und -

---

Berlin ist eindeutig **nicht** auf dem Weg zu einer Metropole der Jugendgewalt:

→ Die Jugendgewalt geht zurück.

→ Allerdings gibt es eine **klare Tendenz zu einer Gewaltverschiebung in die Großsiedlungen.**

Dies sind die beiden zentralen Befunde des zweiten großen Monitoringberichts, der polizeiliche und schulische Daten zur Jugendgewaltdelinquenz zusammengeführt hat.

Insbesondere der Bezirk Marzahn-Hellersdorf steht stellvertretend für eine besondere Verdichtung neuer Exklusions- und Gewalttrisiken → „**Banlieue-Trend**“

## Beispiel Jugendgewalt in Berlin: + und -

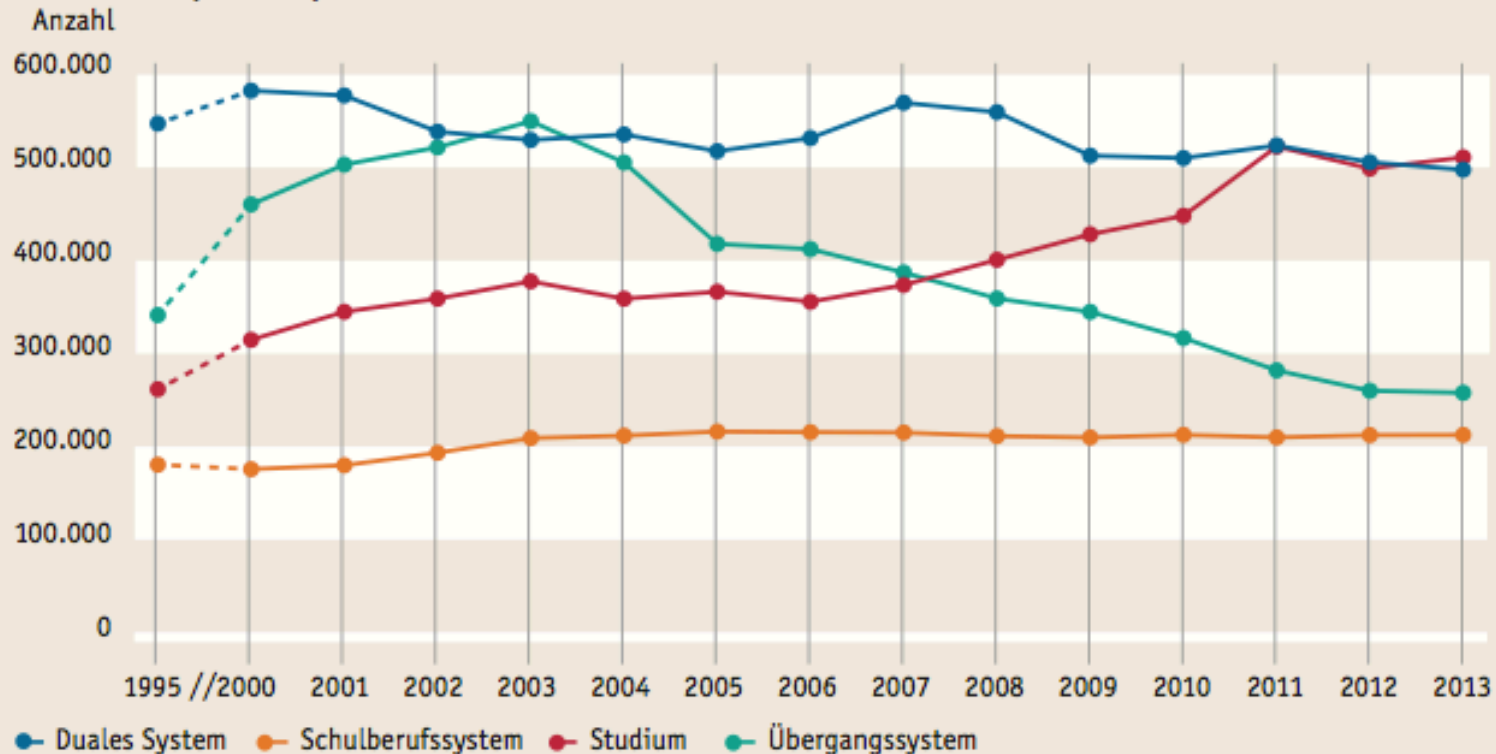
---

Angesichts des geringen Anteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Marzahn, Hellersdorf oder Hohenschönhausen trifft hier nicht mehr der sonst landläufige erwartete Befund zu, dass Gewalt vor allem dort herrscht, wo ein schwieriger Sozialstatus mit einem hohen Anteil an Migration zusammenfällt. Charakteristisch für diese Brennpunkte von Jugendgewalt sei vielmehr → „die **Überlagerung eines schwierigen Sozialstatus mit einer von Großsiedlungen und Hochhausquartieren geprägten städtebaulichen Struktur**“

Die Probleme, die sich aus dem Migrantenstatus ergeben, sind für die Gewaltzahlen viel weniger bedeutsam als die → **erhöhte Arbeitslosigkeit** und der → **Bezug von Transfereinkommen**.

# 2013: Studium schlägt duale Berufsausbildung erstmals bei den Zugängen

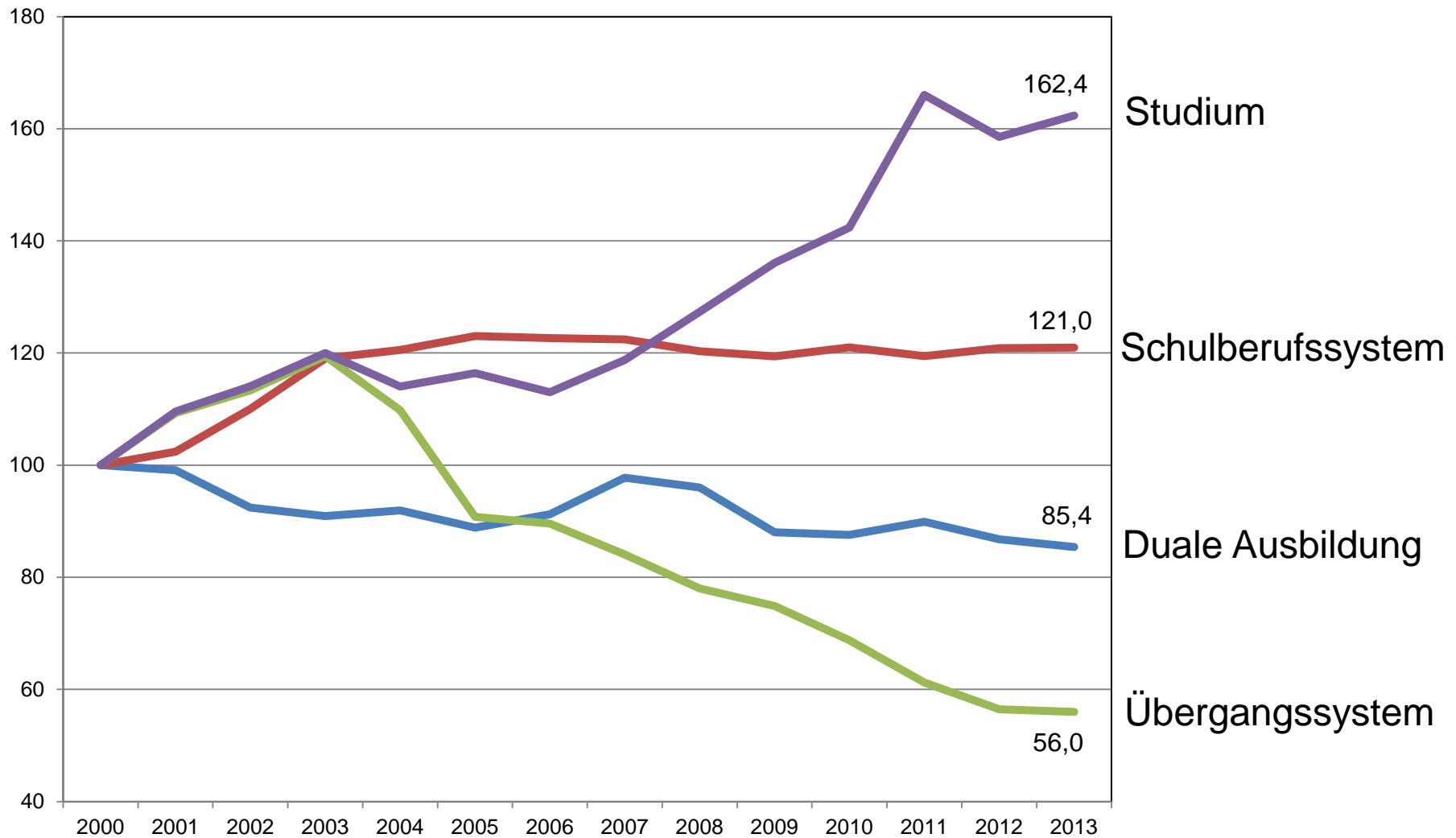
Abb. E1-2: Neuzugänge zu allen Sektoren beruflicher Erstausbildung 1995 bis 2013\*  
(Anzahl)



\* Vgl. Erläuterungen zu E1 und zu Tab. E1-2A.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung (Schulstatistik, Hochschulstatistik, Personalstandstatistik – für Beamtenausbildung im mittleren Dienst), Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers → Tab. E1-6web

# Die Entwicklung der Zugänge seit 2000 (= 100)

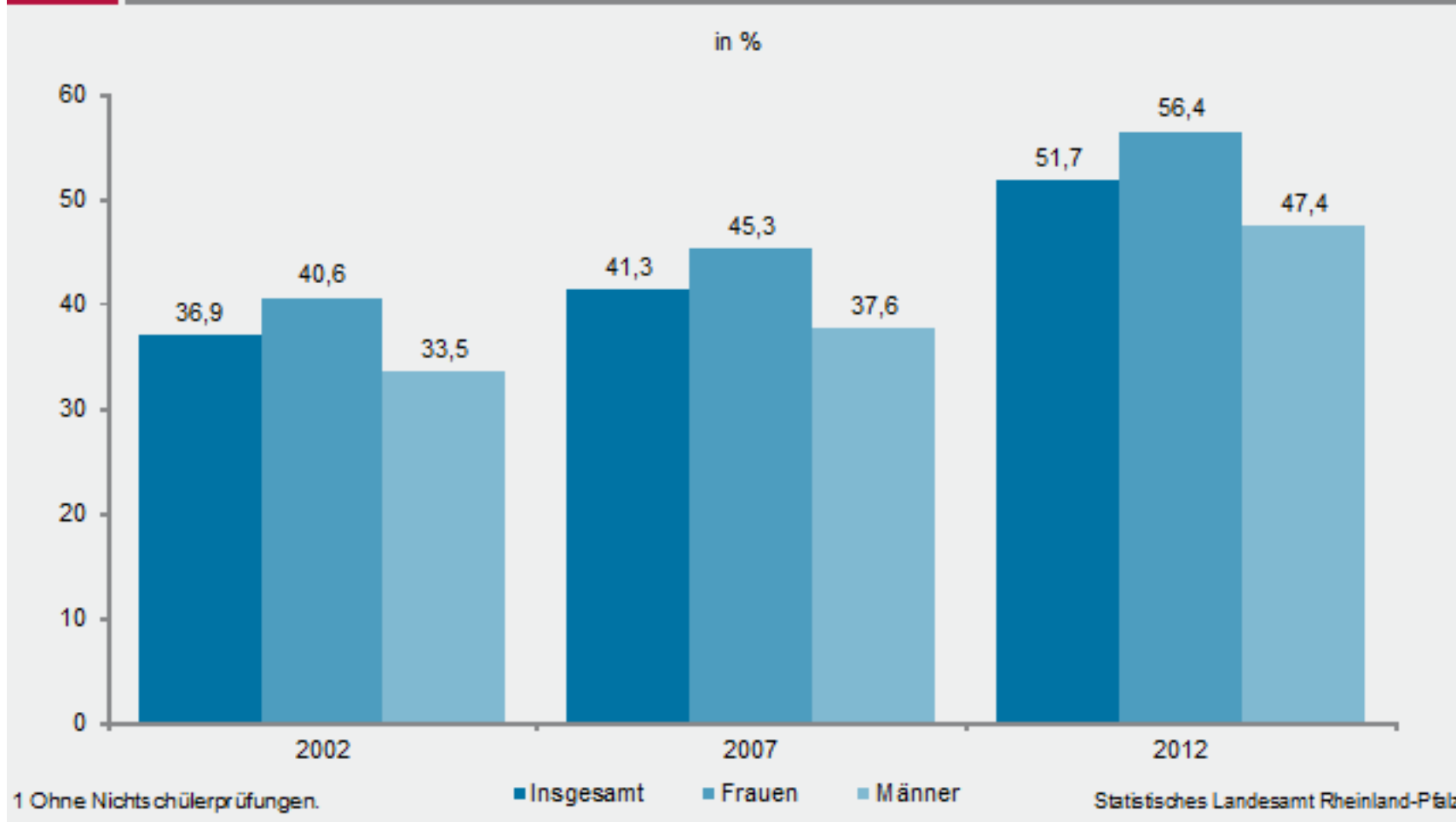


# Die duale Berufsausbildung zunehmend unter Druck

---

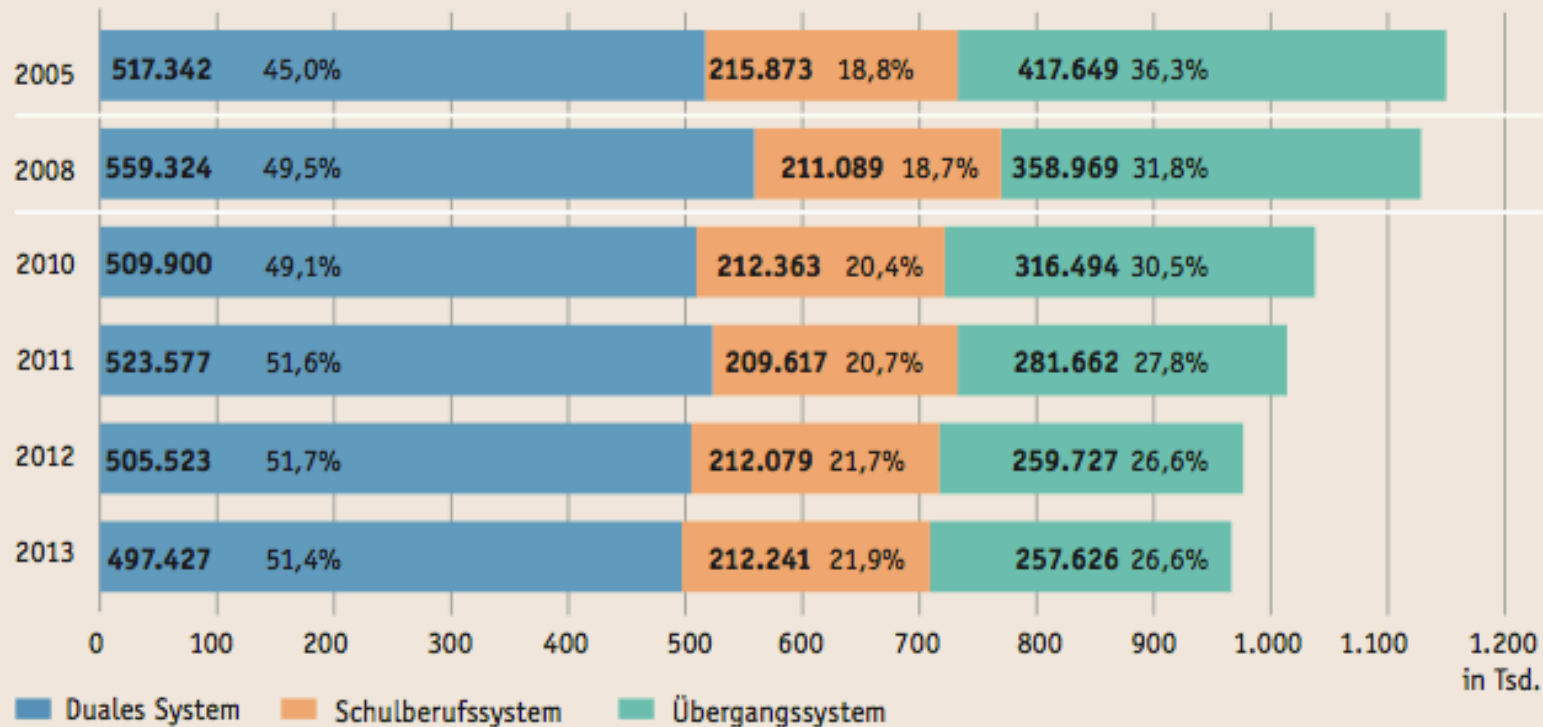
- Insgesamt gesehen gerät der so wichtige Bereich der **dualen Berufsausbildung** aus mehreren Richtungen zunehmend unter Druck
- **„von oben“** durch den Trend in Richtung höhere Schulabschlüsse und „Bachelorisierung“ der Berufsausbildung
- **„von unten“** durch eine kognitive Anforderungserhöhung in vielen Berufsausbildungen in Verbindung mit „kognitiven Blockaden“ bei einem Teil der Schüler und Schülerinnen
- und die **Zahl der ausbildenden Betriebe** nimmt weiter ab





Im Jahr 2012 verließen 43.899 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. **Mehr als ein Drittel** von ihnen (insgesamt: **14.852**) mit einer **Hochschulreife**. Zusammen mit den **9.040** Absolventinnen und Absolventen, die die Hochschulreife an einer berufsbildenden Schule erlangt hatten, ergibt sich für das Jahr 2012 eine **Studienberechtigtenquote von 51,7 Prozent**. Das sind 14,8 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor.

**Abb. E1-1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2005 bis 2013\***

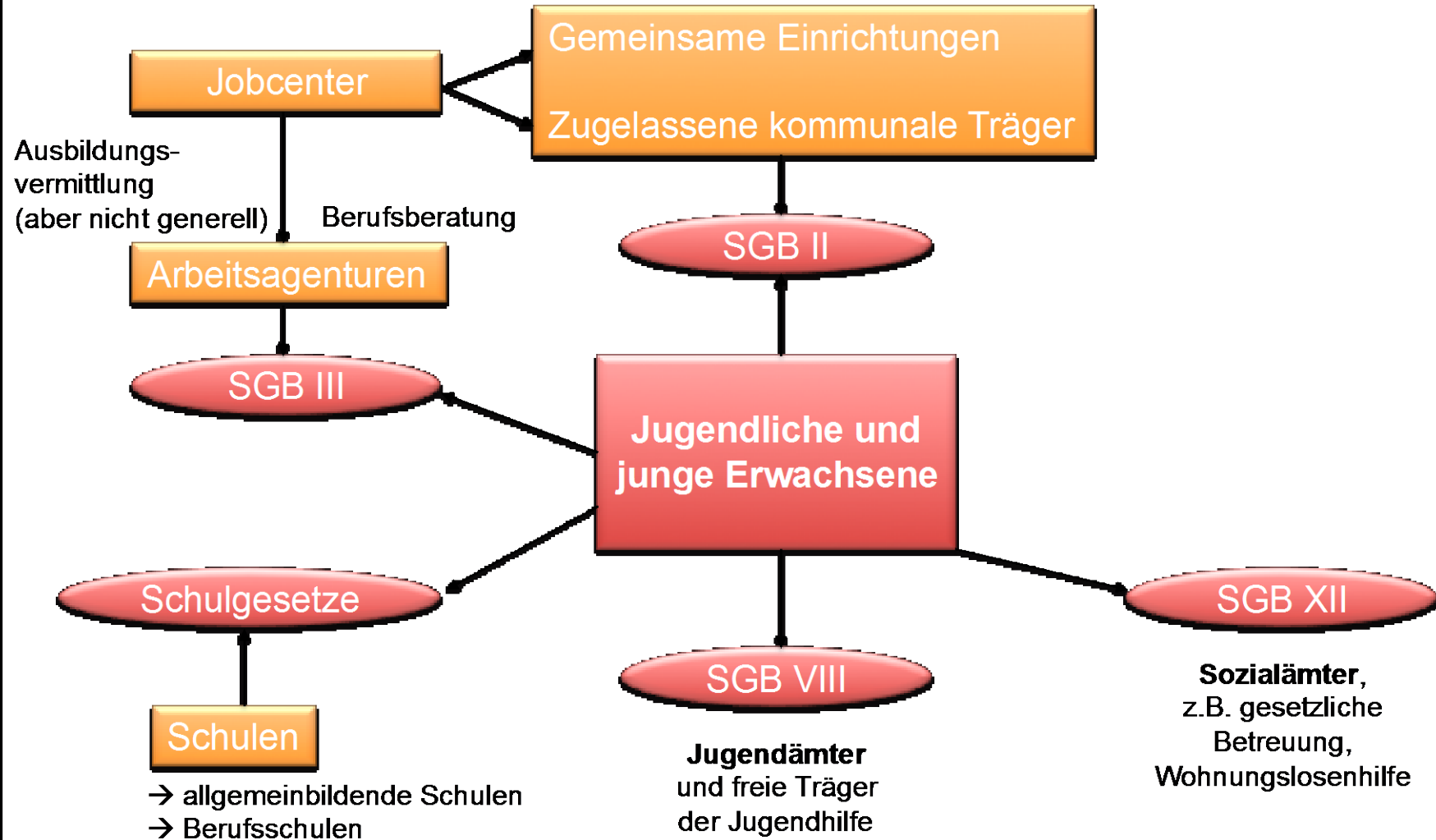


\* Vgl. Erläuterungen zu E1 und zu Tab. E1-2A.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung (Schulstatistik, Hochschulstatistik, Personalstandstatistik – für Beamtenausbildung im mittleren Dienst), Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers → Tab. E1-2A

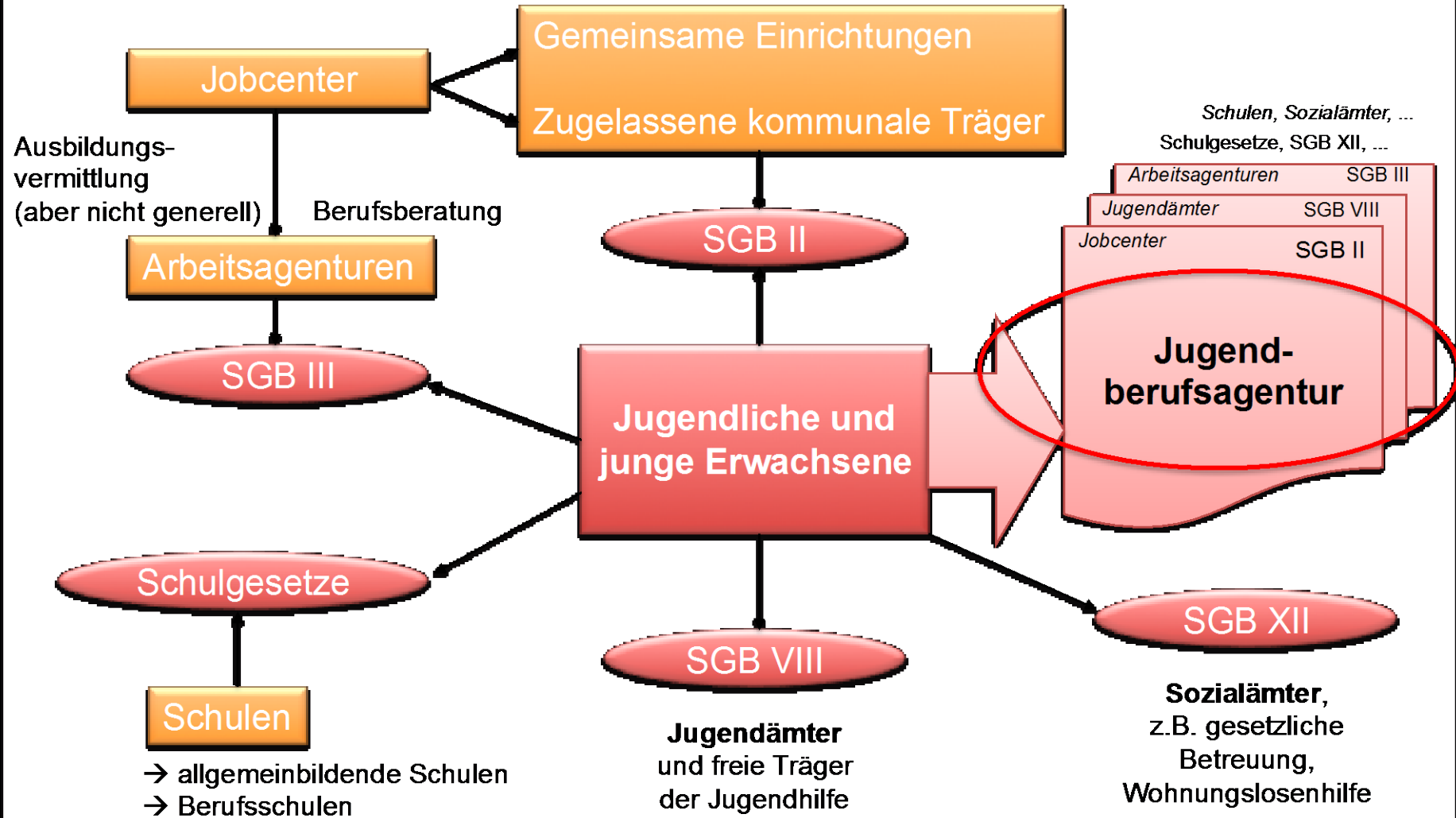
# Jugendberufsagenturen – vom ewigen Traum der Entsäulung

## Jugendliche und junge Erwachsene im Gefüge unterschiedlicher institutioneller Zuständigkeiten und Rechtskreise



# Jugendberufsagenturen – vom ewigen Traum der Entsäulung

„Hand in Hand“: Jugendberufsagenturen im Gefüge unterschiedlicher institutioneller Zuständigkeiten und Rechtskreise



## **Beispiel Inklusion. In Deutschland eine (verzerrt) schulseitige Fokussierung**

---

Die Bertelsmann-Stiftung beginnt ihre Berichterstattung über eine neue Studie mit erfreulich daherkommenden Zahlen: »Fast jedes dritte Kind mit Förderbedarf besucht mittlerweile eine Regelschule (31,4 Prozent). Das ist ein Anstieg um 71 Prozent gegenüber dem Schuljahr 2008/09 (18,4 Prozent).«

Um dann sogleich Wasser in den aufgetischten Wein zu gießen:

»Trotz der Fortschritte ist die Situation an deutschen Schulen für Kinder und Jugendliche mit Handicap noch unbefriedigend. Der Schüleranteil an Förderschulen geht kaum zurück und von bundesweit vergleichbaren Chancen auf Teilhabe an Inklusion kann noch keine Rede sein. Dazu kommt: In der Sekundarstufe bleibt Inklusion weiterhin eine Ausnahme.«

Je höher, desto weniger: »Während der Inklusionsanteil in deutschen Kitas 67 Prozent (2008/09: 61,5 Prozent) und in den Grundschulen 46,9 Prozent (2008/09: 33,6 Prozent) beträgt, fällt er in der Sekundarstufe auf 29,9 Prozent (2008/09: 14,9 Prozent). Besonders auffällig: Von den knapp 71.400 Förderschülern in den Schulen der Sekundarstufe lernt nur jeder Zehnte an Realschulen oder Gymnasien. Inklusion findet hauptsächlich an Hauptschulen und Gesamtschulen statt.«

## Beispiel Inklusion. In Deutschland eine (verzerrt) schulseitige Fokussierung

---

»Bundesweit wird bei immer mehr Kindern ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt. Zwischen den Schuljahren 2008/2009 und 2013/2014 ist diese Quote von 6,0 auf 6,8 Prozent und damit um 13 Prozent gewachsen. Zwar steigen die Inklusionsanteile seit Jahren, der Anteil der Schüler, die Förderschulen besuchen, sinkt hingegen nur leicht. Das ist ablesbar an der Exklusionsquote, die in den letzten Jahren nur minimal gesunken ist (2008/09: 4,9 Prozent; 2013/14: 4,7 Prozent). Vor Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention war die Exklusionsquote sogar niedriger (2001/02: 4,6 Prozent) als heute. Die fast gleichbleibenden Schüleranteile an Förderschulen trotz steigender Inklusionsanteile lassen sich bundesweit durch höhere Förderquoten erklären.«

## Beispiel Inklusion. In Deutschland eine (verzerrt) schulseitige Fokussierung

---

»Die Quote der Inklusionsschüler in Regelschulen sei gestiegen, aber zugleich der Anteil der Schüler in eigenen Fördereinrichtungen kaum gesunken. Denn es seien "neue Förderschüler" entstanden, in 20 Jahren habe sich der Anteil der Kinder mit solcher Diagnose verdoppelt, deutlich sei der Anstieg seit 2008 - vor allem bei Schülern mit Lernproblemen, die wiederum den größten Anstieg bei den Inklusionsquoten ausmachten.« (Oselt 2015 mit Bezug auf Daten von Kloth für NRW)

»Durch die Rekrutierung der Inklusionsschüler aus der Grundschülerschaft wurden aus Grundschulern des unteren Leistungsspektrums plötzlich Förderschüler, die Schüler waren plötzlich ‚lernbehindert‘.«

Auch aus Bayern gibt es entsprechende Hinweise:

Danach kann man zeigen, »dass häufiger nicht-behinderte Grundschüler "bei Leistungsschwäche oder Verhaltensauffälligkeiten als behindert etikettiert und zu Inklusionsschülern transformiert" würden.« (Hans Wacken)

## Beispiel Inklusion. In Deutschland eine (verzerrt) schulseitige Fokussierung

---

In den 16 Bundesländern hat Jonna M. Blanck vom WZB aufgrund von Schulgesetzen und Berichten der Kultusministerien **80 verschiedene Integrationsformen** identifiziert.

Der Wissenschaftlerin hat sich ein eigenes Universum an ganz unterschiedlichen Formen von Inklusion eröffnet: »Das Spektrum beginnt mit Kooperationen zwischen Sonder- und Regelschulen, bei gemeinsamen Ausflügen oder Unterricht von Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Die Kooperation gilt in der Hälfte der Länder als ein Schritt zur Inklusion, Blanck kritisiert sie aber als „am stärksten segregierende Form“. In elf Ländern können Kinder mit Förderbedarf darüber hinaus auf Regelschulen in Sonderklassen unterrichtet werden – nach Lehrplänen der Sonderschulen. Dabei sollen Schüler und Lehrkräfte innerhalb und außerhalb des Unterrichts mit einer Regelklasse kooperieren ... Gleichzeitig wird nur in wenigen Ländern vorgegeben, in welchem Umfang die Schüler gemeinsam unterrichtet werden sollen. Hier haben Schulen von der „umfassenden Teilnahme“ bis zu gesonderten Kursen, Lern- und Kleingruppen oder der Einzelförderung viele Möglichkeiten.«



---

→ (junge) **Flüchtlinge**

→ **Vergaberecht**

→ Gefangen im System → Visionen? Innovationen?